

# WERTE.

MAGAZIN DER CHRISTLICHEN PARTEI ÖSTERREICHS

04  
2022

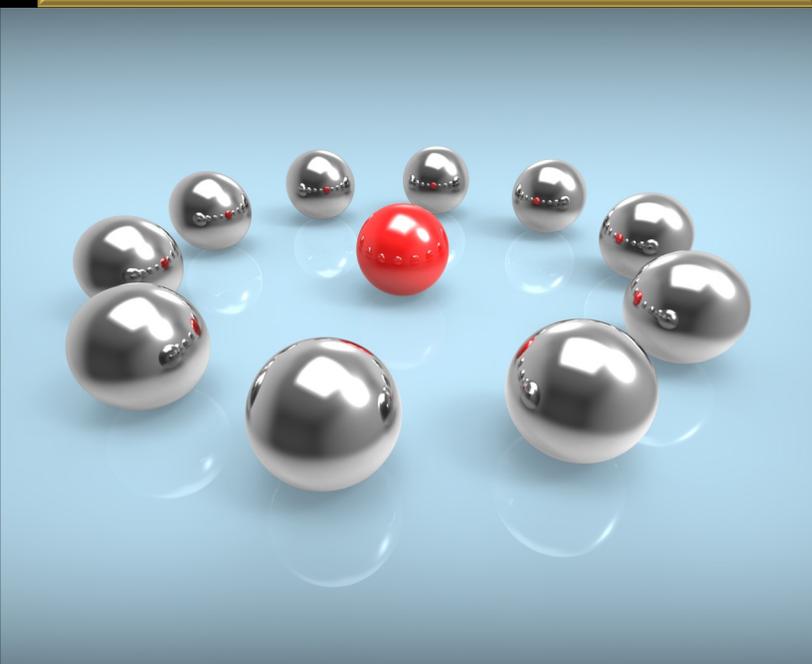


*Gerechtes Wahlrecht!*

Vielfalt statt Einfalt

*Überbevölkerung?!*

Die Erde ist ein globales Dorf



**Grußwort  
Bundesob-  
mann**

2

**Faires  
Wahlrecht**

3 - 4

**Warum die  
Politik  
Religion nötig  
hat**

5

**Marsch fürs  
Leben 2022**

6

**Über-  
bevölke-  
rung?!**

10 - 12



## Grüß Gott!

War das Jahr 2022 ein gutes Jahr?

Es gibt viele Sichtweisen, um diese Fragen zu beantworten.

Meine ganz persönliche, die religiöse, die gesellschafts-politische, die wirtschaftli-

che, usw.

Für mich ist jedes Jahr ein Geschenk Gottes, auch wenn es viele krisenhaften Erscheinungen, vor allem Unfrieden und großes Leid in der ganzen Welt gibt.

## Vielen Dank

Mein aufrichtiger Dank am Ende des Jahres gilt unserem **CPÖ-Team**, das sich voll Optimismus und großem Engagement tagtäglich für unsere gesellschaftspolitischen Ziele einsetzt.

Die CPÖ war bei der Landtagswahl in Tirol leider nicht am Stimmzettel vertreten und auch die Bundespräsidentenwahl erfolgte ohne unsere Beteiligung. Mit Wehmut denke ich an die Präsidentenwahl des Jahres 2010 zurück, bei der unser Kandidat Dr. Rudolf GEHRING mit einem achtbaren Ergebnis belohnt wurde.

Aber wie heißt es: **Nach der Wahl ist auch wieder vor der Wahl!**

Das unfaire und ungerechte Wahlrecht ist seit Jahren bei allen Wahlen eine unangenehme Begleiterscheinung. Wir treten nach wie vor für eine grundlegende Änderung der Wahlgesetze ein, um endlich ein **fares und gerechtes Wahlrecht** zu erhalten.

Wenn es vorerst nicht bei Wahlen gelingt, werden wir weiterhin die Mittel der direkten Demokratie (Petitionen, parlamentarische Bürgerinitiativen, Volksbegehren) nutzen. Als gutes Beispiel dient die in Kooperation mit p-on.voting gestartete **Parlamentarische Bürgerinitiative „Für genderfreie Sprache“**. Die Details finden Sie unter <https://p-on.voting.or.at> und laufend in unserem Magazin WERTE bzw. im Newsletter „IM BRENNPUNKT“.

Trotzdem müssen wir uns fragen:

Haben viele Mitstreiter und Sympathisanten resigniert, weil die antichristlichen Tendenzen zu stark geworden sind?

Sind viele mutlos geworden, um für die christlichen Werte auch öffentlich einzutreten?

## leben.werte.zukunft

Entsprechend unserem Motto ist es für mich als Bundesobmann klar, dass die CPÖ weiterhin voll für die Umsetzung ihres Programms mit den Schwerpunkten **Lebensschutz** sowie **Ehe & Familie** kämpfen wird.

Daher beschäftigen wir uns in der vorliegenden Ausgabe auch mit dem Thema **Überbevölkerung**, das sogar von einem Präsidentschaftskandidaten und wiederholt in den Medien zur Diskussion gestellt wurde.

Ich bitte, lassen wir uns nicht einreden, dass gegen die enttäuschenden Entwicklungen in Politik und Gesellschaft nichts mehr getan werden könne. Nein, auch wenn es „politisch unkorrekt“ erscheint, müssen wir über alles reden, was uns Christen wichtig ist. Deshalb gibt es unsere CPÖ!

Wir dürfen uns durch nichts und niemand einschüchtern lassen oder gar ängstlich werden, ob es der Corona-Virus, der Ukraine-Krieg oder die Teuerungswelle, etc. ist.

Wir wollen für eine christliche Gesellschaft die Fakten liefern, auf Irrtümer hinweisen und gleichzeitig Wege aufzeigen, die ein harmonisches Zusammenleben sichern.

## Allein schaffen wir es nicht

Um alle Aktivitäten und Initiativen zu verwirklichen, bedarf es viele fleißige Hände und Köpfe, weshalb ich Sie zur Mitarbeit herzlichst einlade.

Ich bedanke ich mich ganz besonders für Ihr Vertrauen in unsere politische Arbeit, Ihre vielfältige Unterstützung und Ihr Gebet.

Mit herzlichen Grüßen und Gottes reichsten Segen für  
Weihnachten und das  
Neue Jahr!

Alfred Kuchar, CPÖ-Bundesobmann

## Helfen Sie mit einer großzügigen Spende

Wenn Sie die Arbeit der CPÖ wertschätzen, dann zeigen Sie es bitte auch mit einer Spende.

### Unser Spendenkonto lautet:

Christliche Partei Österreichs  
AT67 3266 7000 0078 9099  
RLNWATWWPRB, RB Wienerwald

### LEBEN.WERTE.ZUKUNFT

**IMPRESSUM. Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:** Christliche Partei Österreichs, **Medienverantwortlicher:** Dr Rudolf GEHRING, L.-Kunschak-Gasse 6, 2380 Perchtoldsdorf, **Tel:** +43 676 3314 686, **E-Mail:** mail@christlichepartei.at, **Website:** www.christlichepartei.at



## Ist das österreichische Wahlrecht fair?

### Vielfalt statt Einfalt

**Nein** - es ist extrem unfair und auch ungerecht, und zwar in einigen Punkten.

Aus der Erfahrung in vielen Wahlgängen bleibt die Frage aber höchst aktuell, weil wir ständig vor einer Wahl stehen.

#### Denn: nach der Wahl ist wieder vor der Wahl!

Regelmäßig tauchen in der gesellschaftspolitischen Diskussion Überlegungen zu einer „**Demokratie-Reform**“ auf, wozu vor allem Änderungen beim Wahlrecht gehören.

In der Diskussion ist rasch erkennbar, dass es vordergründig nur um die Interessen der regierenden Parteien und deren Machterhaltung geht.

Nach meiner Überzeugung müsste jede Reform das Ziel haben, die Bürger größtmöglich in die Entscheidungen einzubinden und die Bürgerrechte zu stärken. Durch eine verbesserte Mitsprache aller Bürger könnte ein wichtiger Schritt gegen die Politik- (und Politiker-) Verdrossenheit sowie für eine höhere Wahlbeteiligung erreicht werden.

Corona und der Ukrainekrieg haben gezeigt, wie leichtfertig ohne Einbindung der Bürger Entscheidungen getroffen werden und wie mit den Grundrechten umgegangen wird.

Durch die immer stärker sichtbar werdende Korruption, dem Postenschacher und der skrupellosen Einflussnahme auf die Medien wird die Notwendigkeit von Reformen bestätigt.

Die regierenden Parteien haben bei der letzten Wahlrechtsreform unter anderem die Wahlperiode von 4 auf 5 Jahre verlängert und damit den Bürgern ihr grundlegendes Mitbestimmungsrecht, das Wahlrecht, massiv beschnitten, weil sie in ihrem Leben an wesentlich weniger Wahlen teilnehmen dürfen. Wenn eine mögliche Reform nicht durch ein Umdenken bei den grundlegenden Fragen geprägt ist, bleiben die Vorschläge nur hohle Phrasen, die den Bürgern nicht wirklich dienen.

Ähnlich sind bisher die Ankündigungen bezüglich **Volksbegehren/Volksabstimmungen** geblieben. Wenn eine Initiative die Unterstützung von mindestens 250.000 Bürger (= ca. 4 % der Wahlberechtigten) erhalten hat sollte es - ähnlich wie in der Schweiz - zu einer verpflichtenden Volksabstimmung kommen.

Nun konkret zum **Wahlrecht**:

Das Wahlrecht in Österreich bevorzugt auf allen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) die regierenden Parteien. Eine Vielfalt von Parteien als Abbild der Strukturen in der Bevölkerung ist offensichtlich unerwünscht, weshalb seit längerem unangefochten die größte Partei jene der Nichtwähler ist.

Das Grundübel besteht darin, dass nicht jede Stimme gleich viel wert ist.

Die Mandatsverteilung würde ganz anders aussehen, wenn die Vergabe dem tatsächlichen Verhältnis der erzielten Stimmen entspräche. Für die derzeitige Regelung ist der Ausdruck „Mandatsraub“ durchaus angebracht.

#### Die Einführung eines echten Verhältniswahlrechts ohne Mindesthürden würde wesentlich für mehr Gerechtigkeit im Wahlrecht sorgen.

Ein Mehrheitswahlrecht hingegen würde nur den regierenden Parteien und deren Machterhaltung dienen, aber nicht den Bürgern. Beim Mehrheitswahlrecht - egal nach welchem Modell - ist nicht jede Stimme gleich viel wert! Fairness bedeutet für mich gleiche Chancen für alle.

Dem Argument, dass bei einem echten Verhältniswahlrecht die Unregierbarkeit unseres Landes drohe, ist entgegenzuhalten, dass das vorgeschlagene faire Wahlrecht eine Aufwertung des Parlaments bedeuten würde. Die unter großen Mühen gebildeten Koalitionen sind trotz der Machtkonzentration nicht besonders effektiv. Mehr Parteien im Parlament würden mehr politische Kontrolle bringen. Außerdem würde durch eine Vielfalt die Gewaltenteilung als Basis des Rechtsstaates wieder besser wirken, denn derzeit kann die Regierung vieles mit ihrer Mehrheit im Parlament vertuschen und damit die Kontrolle ausschließen.

Eine weitere unfaire Situation ist bei der Kandidatur einer neuen Partei gegeben. Obwohl bei vielen Gemeinderatswahlen die bloße Unterstützungsunterschrift der Wähler auf einer Liste genügt, ist für den Nationalrat oder einen Landtag diese einfache Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung nicht vorgesehen, weil jede Kandidatur einer neuen Partei scheinbar nur als störend empfunden wird. Derzeit müssen die Wähler persönlich beim Gemeindeamt/Magistrat erscheinen und sind oftmals einer persönlichen Befragung durch den Bürgermeister oder Amtsleiter ausgesetzt.

Auch die Fristenläufe in den Wahlgesetzen dienen eher der Verhinderung von mehr Demokratie und sind Ausdruck einer großen Unfairness.

Mehr Bürgerbeteiligung und eine verbesserte Generationengerechtigkeit würde die Einführung eines **Wahlrechts für Familien** (ähnlich wie bei den Pfarrgemeinderats-Wahlen in der römisch-katholischen Kirche) bewirken.

Abschließend stellt sich für mich gemäß dem Bibelwort

„An ihren Früchten (Taten) werdet ihr sie erkennen“ die Frage, warum sich die regierenden Parteien nicht für eine Volksabstimmung über wichtige gesellschaftspolitische Fragen (Einwanderung/Asylanten, Sanktionen, Neutralität, etc.) einsetzen, obwohl die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Damit könnte statt hohler Ankündigungen nach mehr Demokratie eine demokratierepolitische Tat gesetzt werden können, die im Interesse der Bürger unseres Landes liegt und die von der Politik wiederholt versprochen wurde.

Wenn die herrschenden Parteien am bestehenden unfairen Wahlrecht festhalten werden sie weiter Wählerstimmen verlieren, weil dadurch noch stärker ihre demokratischen Defizite erkennbar werden.

„Den Wert einer Demokratie erkennt man unter anderem am Umgang der Mehrheit mit den Minderheiten.“

**Dr. Rudolf Gehring,**

*Akademie für Politik und Gesellschaft*



**GESCHAFFT!**

**BALD IM NATIONALRAT:**

**DAS ANTI-GENDERN-VOLKSBEGEHREN**

Das Anti-Gendern-Volksbegehren befindet sich zwar zur Zeit noch in der Unterstützungsphase (Einleitungsverfahren), hat bereits über 100.000 Unterschriften erhalten! Das ist ein großartiger Erfolg! Nun muss das Innenministerium den Zeitraum der Eintragungswoche für den Beginn des nächsten Jahres festlegen.

Die bis dahin geleisteten Unterschriften müssen in der Eintragungswoche **nicht noch einmal abgegeben** werden, denn sie zählen automatisch mit!

Das bedeutet, dass das Anti-Gendern-Volksbegehren nach der Eintragungswoche im Nationalrat behandelt werden wird, da diese Initiative bereits von mehr als 100.000 Österreichern unterzeichnet wurde!



Dennoch: **Je mehr Unterschriften erreicht werden, umso stärkere Beachtung wird das Volksbegehren** bei der Behandlung im Nationalrat **haben**. Keine Stimme ist verloren - ganz im Gegenteil: Sie bekräftigt das Anliegen vieler tausend anderer Österreicher!

Bitte warten Sie nicht auf die Eintragungswoche und werben Sie in Ihrem Bekanntenkreis für die Unterzeichnung.

Jetzt geht es um eine möglichst hohe Beteiligung, um die Meinung der Bevölkerungsmehrheit **unüberhörbar** zum Ausdruck zu bringen!

Mag. Stefan Grünberger, Initiator des Volksbegehrens

Weitere Informationen zum Nachlesen finden Sie z.B. unter [www.oesterreich.gv.at/themen/leben\\_in\\_oesterreich/buergerbeteiligung](http://www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/buergerbeteiligung) oder auf [www.parlament.gv.at/PAKT/BEST/](http://www.parlament.gv.at/PAKT/BEST/)



Code zur Unterzeichnung



## Warum die Politik Religion nötig hat

Im Umgang mit der Globalisierung braucht die Politik nach Ansicht von Kardinal-Staatssekretär Tarcisio Bertone eine religiös-inspirierte Ethik.

Dabei sei das Christentum der beste Ratgeber, sagte er [...] bei einem Vortrag in Rom. Seit seinen Anfängen habe das Christentum das Beste aus der römischen und griechischen Kultur und Weisheit aufgegriffen, verarbeitet und vertieft, betonte der Kardinal [...]. Es habe sich somit als Sieg des menschlichen Denkens über die Welt der damaligen Religionen erwiesen.

„Im Christentum ist in gewisser Weise die Rationalität zur Religion geworden; denn Gott hat das philosophische Bewusstsein nicht zurückgewiesen, sondern aufgenommen“, so Kardinal Bertone.

### Durch die Synthese von Vernunft, Glauben und Leben sei letzten Endes eine Weltreligion entstanden.

Und diese Kombination erlaubt es auch, sich in der globalisierten Welt und im Prozess der weltweiten Ausbreitung zu behaupten. Daher richtet sich das Christentum nicht nur an den Westen, **„sondern ist von seinem Wesen her weltweit, und antwortet perfekt auf die Dynamik der globalisierten Welt.“**

Bertone zeigt auf, dass „im globalisierten Zeitalter die Politik und der Markt nicht alles sind. Sie sind ein Mittel, nicht das Ziel.“ Der Kardinalstaatssekretär beteuert, dass er nie mit jenen einverstanden gewesen sei, die die Meinung vertreten, Politik sei unnütz, da sie verspreche, auch dort Brücken zu schlagen, wo kein Fluss ist.

**Um echte Werte zu vermitteln, sei es vielmehr notwendig, die „Brücke“ zu achten, die einen jeden dieser Werte mit Gott verbindet.**

Politiker könnten nicht arbeiten „als ob es Gott nicht gäbe“, bekräftigt Bertone. Auch wenn die Aufgaben verschieden seien, bedürfe die Politik der Religion. **Werde Gott ignoriert, so beginne die Fähigkeit zu schwinden, das Recht zu achten und das Gemeinwohl zu erkennen.** Dies würden die tragischen Folgen aller politischen Ideologien zeigen.

Es sei erforderlich, dass die Religion **vernunftorientiert** sei. Aus diesem Grund benötige die Politik das Christentum: **„Die Kraft, die das Christentum in eine Weltreligion verwandelt hat, bestand genau in seiner Synthese von Vernunft, Glauben und Leben.“**, so Bertone. Diese Kombination erlaube es der Wahrheit des Christentums in der globalisierten Welt zu leuchten.

**„Der christliche Glaube ist** nicht eine Art abendländisches und ein wenig überholtes Beiwerk, sondern vielmehr **ein Schatz für die Welt der Gegenwart und eine Anlage für die Zukunft.“**, erklärt der Kardinal weiter. Somit sei es legitim, dass die Christen an der öffentlichen Debatte Anteil nehmen.

**„Die Religion ist nicht wie das Rauchen, das im Privatbereich toleriert werden kann, aber im öffentlichen Raum strengen Beschränkungen zu unterwerfen ist.“**

Das Christentum fördert nach Worten Kardinals Bertones Werte, die nicht mit dem Etikett „katholisch“ versehen werden dürfen, da es sich um Werte handle, die der Natur des Menschen entsprechen.

Wer diese Werte hege und stärke, tue dies nicht aus konfessionellen Gründen, sondern in dem einfachen Bewusstsein, dass diese in der Moral verwurzelt sind.

In einer Demokratie sei die Achtung der anderen Positionen geboten, ruft Bertone in Erinnerung. Akzeptiere man jedoch Entscheidungen, die mit der menschlichen Natur nicht zu vereinbaren sind, richte sich das gegen die menschliche Würde.

Die **Nichtverhandelbarkeit wichtiger Prinzipien** - wie etwa des Lebensschutzes, des Schutzes von Ehe und Familie und der Erziehung der Kinder - hänge nicht von der Kirche ab, sondern von der menschlichen Natur selbst. Bertone wörtlich:

**„Die Natur des Menschen wird weder durch parlamentarische Mehrheiten noch durch das Vergehen der Zeit geändert.“**

Wenn sich die Kirche zu diesen Problemen äußere, tue sie dies nicht, um sich in etwas „einzumischen“, das nicht in ihre Kompetenz falle. Die Kirche wolle vielmehr helfen, ein rechtes und aufgeklärtes Gewissen zu entwickeln, das den Menschen freier und verantwortlicher mache. Die Kirche sei aber auch nicht auf der Suche nach „Popularität“, da Christus sie zum Dienen in die Welt gesandt habe und nicht zum Bedientwerden.

Die Kirche wolle überzeugen und die Gläubigen und Menschen guten Willens auf die Gefahren hinweisen, in die der Mensch gerate, wenn er sich von der Wahrheit über sich selbst entferne.

(Rom, am 2.10.2008)



Wien, 18. Oktober 2022

## Nass und fröhlich: 2000 Teilnehmer beim Marsch fürs Leben in Wien setzen Zeichen für den Lebensschutz.

Je mehr es regnete, desto mehr strahlten die Teilnehmer: Etwa 2000 waren es beim diesjährigen Marsch fürs Leben in Wien, der sich für die unbedingte Menschenwürde eines jeden einsetzt. Die wetterfesten Vertreter aus allen Altersgruppen, besonders viele Jugendliche, wollten ein **Zeichen für das Lebensrecht** setzen – „besonders für das der Ungeborenen, Alten und Kranken.“ Unter den Gästen begrüßten die Veranstalter auch die Abgeordnete zum Nationalrat Gudrun Kugler (ÖVP) sowie den Sprecher für Christdemokratie der ÖVP, Jan Ledochowski.

Rednerin Gabriela Huber von der Jugend für das Leben verwies auf das Urteil des Supreme Courts in den USA. Eine **„Ermutung“ sei es, wenn Gerichte und Gesellschaft das menschliche Leben als etwas Schützenswertes ansehen.**

Die Familie und ihre Liebe sei der beste Lebensschutz, bestärkte Bischof Klaus Küng die Versammlung in seinem Grußwort. Er plädierte für ein „herzhaftes Ja zu einem behinderten Kind“ und rief den zahlreichen jungen Teilnehmern zu: **„Lasst Euch nicht entmutigen!“**

Sophia Kuby von der christlichen Menschenrechtsorganisation ADF International sprach sich für die **Rechte eines jeden Menschen aus, „ob noch im Bauch oder schon geboren.“** Es geschehe noch viel zu oft, dass Frauen zu einer Abtreibung gedrängt werden. Stattdessen – so Kuby – haben Frauen und ihre Kinder etwas viel Besseres verdient als eine Abtreibung.

Die Abschlussrednerin Carina Eder warb in ihrem persönlichen Zeugnis um Verständnis und **bestmögliche Hilfe für Frauen** in schwierigen Situationen. Ihre eigene Mutter sei mit 18 Jahren schwanger geworden und hätte sich für ihr Kind entschieden – Carinas älteren Bruder.

Einig waren sich Redner, Veranstalter und Teilnehmer, dass Lebensschutz in die Praxis umgesetzt werden muss. Moderator Ludwig Brühl sagte während des Marsches: **„Ich lade jeden von Euch ein, im eigenen Umfeld Lebensschutz Realität werden zu lassen. Schaut euch um, wo Ihr helfen könnt, wo man Frauen, junge Paare und Familien unterstützen kann.“**

Noch nie war das Medieninteresse so groß. Sogar ein Fernsehsender übertrug die Kundgebung. Mehrere Kamerteams von verschiedenen Medien begleiteten den Marsch.

Die Gegenproteste fielen während des Marsches fürs Leben klein aus. Vor allem aber übertönten die fröhlichen Teilnehmer die geschmacklosen Parolen der Antifa. Die kleine Pyrotechnikanlage des Gegenprotests fand sogar in den Farben des Marsches statt, wie Moderator Ludwig Brühl gutgelaunt feststellte.

Für Valerie Trachta, Vorsitzende des Vereins, die den Marsch fürs Leben organisiert, war das „Lebensschutzevent“ ein großer Erfolg: **„Es war großartig, trotz des Wetters so viele Menschen aus allen verschiedenen Lebensbereichen beim Marsch zu sehen.“** Gemeinsam konnten wir unsere Botschaft auf die Straßen Wiens bringen: Liebe sie Beide – Mutter und Kind. Beide haben das Recht ernstgenommen, unterstützt und geliebt zu werden. Unsere Gesellschaft wird dieser Verantwortung viel zu oft nicht gerecht. Darum waren wir für das Lebensrecht jedes Menschen auf der Straße. **Nächstes Jahr am 14. Oktober 2023 hoffen wir auf noch mehr Teilnehmer!“**



Copyright © 2022 Marsch fürs Leben, Alle Rechte vorbehalten.

# FÜR GENDERFREIE SPRACHE

**SCHLUSS MIT GENDERN!**



## Forde rungen:

In Entsprechung des Art. 7 der Österreichischen Bundesverfassung (Grundsatz der Gleichbehandlung) möge der Nationalrat ein Bundesgesetz mit folgenden Inhalten beschließen:

- (1) Die Verwendung der Gendersprache darf für alle Staatsbürger und in allen Lebensbereichen nicht verpflichtend sein.
- (2) Natürliche oder juristische Personen, die nicht gendern, dürfen nicht benachteiligt werden.
- (3) In allen Bereichen des Staates (Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit), der Bildung und der Wirtschaft sind alle Gesetze, Verordnungen, Erlässe und sonstige Anordnungen, welche Verpflichtungen zur Verwendung der „Gendersprache“ beinhalten, zu beheben.



<https://p-on.voting.or.at>

[www.christlichepartei.at](http://www.christlichepartei.at)





(Parlamentarische Bürgerinitiative)

In Kooperation mit der Christlichen Partei Österreichs haben wir die Parlamentarische Bürgerinitiative ‚Für genderfreie Sprache‘ gestartet.

**Wir benötigen zu Beginn 500 rechtsgültige Unterschriften zur Einbringung im Nationalrat.**



**Unterschreiben Sie JETZT** und senden Sie uns diese bitte im ORIGINAL retour an: **P-on.voting**, Leopold-Kunschakgasse 6, 2380 Perchtoldsdorf.

Nähere Infos: <https://p-on.voting.or.at> oder [www.christlichepartei.at](http://www.christlichepartei.at)

**Vielen Dank für Ihre Unterstützung**

und verbreiten unser Anliegen in der Familie sowie bei Freunden und Bekannten!



## Für genderfreie Sprache



In Entsprechung des Art. 7 der Österreichischen Bundesverfassung (Grundsatz der Gleichbehandlung) möge der Nationalrat ein Bundesgesetz mit folgenden Inhalten beschließen:

- **Die Verwendung der Gendersprache darf für alle Staatsbürger und in allen Lebensbereichen nicht verpflichtend sein.**
- **Natürliche oder juristische Personen, die nicht gendern, dürfen nicht benachteiligt werden.**
- **In allen Bereichen des Staates (Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit), der Bildung und der Wirtschaft sind alle Gesetze, Verordnungen, Erlässe und sonstige Anordnungen, welche Verpflichtungen zur Verwendung der „Gendersprache“ beinhalten, zu beheben.**

TITEL, VOR- UND ZUNAME	WOHNADRESSE	GEB.DATUM (UNBEDINGT ausfüllen!)	DATUM der Unterschrift und Ihre E-Mail-Adresse	IHRE UNTERSCHRIFT
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	

Ich stimme durch meine Unterschrift zu, dass meine persönlichen Daten zum Zweck der Verarbeitung und Zusendung von zusätzlichen Informationen über die Bürgerinitiative sowie zur Zusendung weiterer Aktivitäten der „CPÖ“ und „P-on.voting“ verwendet werden. **Diese Zustimmung kann ich jederzeit unter: [p-on@voting.or.at](mailto:p-on@voting.or.at) widerrufen.**



JUGEND  
FÜR DAS  
LEBEN

## Roe vs. Wade

Für knapp 50 Jahre herrschte in den USA eines der ungerechtesten Gerichtsurteile der Welt.

Die Bestimmung über Leben und Tod des eigenen Kindes wurde unter armseligen Versuchen zur Vereinbarung mit der US-amerikanischen Verfassung unter das „Recht auf Privatsphäre“ gequetscht. Somit gab es ein quasi verbrieftes Recht auf Abtreibung, welches den einzelnen Staaten das gesetzliche Einschränken des **Tötens des Kindes im Mutterleib bis zur 24. (!!!) Woche** unmöglich machte. Das Guttmacher Institut schätzt, dass seither **63 Millionen (!!!) Kinder** ihr Leben ließen. Doch durch jahrzehntelange Lebensschutzarbeit und Gottes Gnade geschah am 24. Juni 2022, was viele für unmöglich hielten: Roe vs. Wade wurde gekippt.

Entgegen den Angst verbreitenden Gerüchten der anderen Seite sind **Eingriffe zur Rettung des Lebens der Mutter natürlich weiterhin zugelassen** - handelt es sich

hierbei doch nicht um Abtreibung.

Vor dem Fall von Roe vs. Wade hatten viele konservative Staaten bereits Gesetze zum Schutz des Lebens vorbereitet. Ein Drittel der Staaten in Amerika (18 von 50) haben nun strengere Gesetze als zuvor, durch welche nun täglich Leben gerettet werden!

Doch damit dürfen sich die Lebensschützer der USA nicht zufriedengeben. Im Gegenteil, sie sind jetzt gefragter, denn je. **Der Kampf hat sich nun in die einzelnen Staaten verlagert.** So haben mittlerweile 16 Staaten wie aus einer Art Trotzhaltung heraus noch liberalere Gesetze als vor dem Juni 2022 eingeführt.

**4 Staaten lassen Abtreibung uneingeschränkt zu jedem Zeitpunkt und ungeachtet der Gründe zu!**

Andere wiederum haben Gesetze wie die ‚Heartbeat Bill‘ angenommen, nach der keine Abtreibungen mehr erlaubt sind, sobald der Herzschlag des Ungeborenen detektierbar ist, also etwa ab der 6. Woche. Allein in Texas sind seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes 40.000 Kinder gerettet worden!

Telefon

**Jugend für das Leben**

<https://jugendfuerdasleben.at/>

## Mehrheitsmeinung, die keine ist

[...] **„Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“**

Derart fordernd kommen Meinungen und Berichte in Presse und Rundfunk oft daher. Monatlich wird eine neue Sau durch globale Dorf getrieben, meist aufgeschreckt von internationalen Nachrichtenagenturen, aufgenommen, verstärkt und eingefärbt von lokalen Medien.

Wie ein Starenschwarm gruppieren sich die Berichterstaten um das zur Wichtigkeit geadelte Thema - sei es eine Weisung Greta Thunbergs, sofort die Hitze zu stoppen, Joe Bidens Beschwörungen oder Russland endgültig zu Boden zu werfen.

Wer schüchtern gegen solcherart verordnete Meinungen aufmuckt, wird verfemt und ausgegrenzt. Kunstvolles Gendern und Cancel Culture sind im Abonnement der GIS-Gebühr inbegriffen.

Guter Rat wird immer teurer. Dem verunsicherten Bürger wird hingegen billige geistige Fertigkeit vorgesetzt.

Wer hat die Hoheit über die zeitgeistigen Werte?

Sie wechseln mit den Jahren, die meisten davon sind derzeit linksgrün angesiedelt.

Von dort aus gesehen, erscheint alles, was nicht in den Kram passt, als „rechts“. Politische Zusammenschlüsse

werden zu „Drahtziehern“, Wahlverluste zu „Abstürzen“ und Rückzüge zu „krachenden Niederlagen“.

Erst nach Jahren zeigen sich die üblen Folgen, wie z.B. in der bagatellisierten Migrationsfrage.

**Im Volksbegehren „GIS abschaffen“ machten 340.000 Österreicher ihrem Unmut über den ORF Luft.**

Von spektakulären Meldungen über unbewiesene Vorwürfe an politisch gerade nicht erwünschte Einzelpersonen bis zum arroganten und selbstgefälligen Interviewstil einzelner Moderatoren reichen die Ursachen des Unbehagens.

In der eigentlich öffentlich-rechtlichen Hauptnachrichtensendung „ZIB“ wird nicht selten wider jede journalistische Regel Meldung mit Meinung garniert und so die Beurteilung des Betrachters vorweggenommen. [...]

**Der Unterschied zwischen dem, was insgeheim gedacht und öffentlich geäußert wird, wächst** und verschafft sich Wort auf Leserbriefseiten und - zuweilen überzogen - in Sozialen Medien. [...]

Eine unübersehbare Fernsteuerung und Manipulation ist zu spüren: **Verbal ist der 3. Weltkrieg jedenfalls bereits ausgebrochen.** [...]

(nach DI Dr. Klaus Woltron)



## Die Welt ist ein globales Dorf

Durch die weltweit vernetzte Medien- und Berichterstattung ist es uns mittlerweile möglich, selbst aus den entferntesten Winkeln dieser Erde ‚the latest news‘ zu erfahren. Wir alle leben in einem großen Dorf, wo fast nichts mehr unbeobachtet oder unkommentiert bleibt. Wir Erdenbürger sind miteinander so verstrickt, wie noch nie zuvor, und das macht die gemeinsame Sache oft nicht einfacher.

Neben dem Klimawandel, den Klimazielen und gesellschaftsspaltenden Klimaaktivisten rückt die Überbevölkerung immer mehr in den Vordergrund.

### Ist es so? Ist unsere Erde also ‚über‘-bevölkert?

Grundsätzlich versteht man unter ‚Überbevölkerung‘ den Zustand, bei dem die Anzahl der Lebewesen die ökologische Tragfähigkeit ihres Lebensraums überschreitet.

Sind wir tatsächlich an diesem ökologischen Knackpunkt angekommen?

### Oder: Darf's noch ein bisschen mehr für unseren blauen Planeten sein?

Eins ist jedenfalls Fakt: Es gibt bereits acht Milliarden Menschen auf dieser Welt. Seit den 1970er-Jahren haben wir eine ordentliche Verdoppelung aufs Parkett gelegt.

Schätzungen der UNO zu Folge werden 2100 zwischen 9,4 und 12,7 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Davon werden südlich der Sahara bis 2050 2,2 Milliarden Menschen erwartet, welches einer Verdoppelung der jetzigen Zahlen bedeutet. Spitzenreiter werden die Länder Indien, Nigeria, Pakistan, die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, die Vereinigte Republik Tansania, Indonesien, Ägypten und die Vereinigten Staaten von Amerika sein. Ab 2027 wird Indien voraussichtlich China als bevölkerungsreichstes Land der Welt überholen.

Zudem leben die Menschen immer länger. Bereits 2018 gab es mehr Menschen auf der Welt, die 65 Jahre oder älter waren als Kinder unter fünf Jahren. Bis 2050 wird es mehr als doppelt so viele Alte wie Kleinkinder geben.

Jedoch sind dies eben nur Einschätzungen und vieles ist dem Wandel der Zeit unterworfen. Das, was heute noch gilt, kann bald schon ganz anders aussehen.



### Mehr Kinder - mehr Macht

Kinder aus den eigenen Reihen bedeuten mehr Einfluss und Macht im Weltgeschehen. So sind sich gerade Autokraten darüber einig, dass ‚die anderen‘ weniger Kinder bekommen sollen und beeinflussen maßgebend demografische Entwicklungen.

### Durch die weltweite Migration verschieben sich die Populationen der einzelnen Länder sehr rasch.

Mit dem Blick auf Österreich sehen wir, wie sich die Herkunft der Asylantragsteller in Österreich verändert hat. Es sind Tausende, die ‚nur‘ aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa geflohen sind. Sie stammen z.B. aus Tunesien und Indien. Das waren bis dato keine klassischen Länder, aus denen Fluchtströme zu erwarten waren. Die Flüchtenden haben die Hoffnung auf bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Können wir ihnen das zum Vorwurf machen? Nein, denn es ist nachvollziehbar. Wir Österreicher leben im Vergleich zu anderen Ländern im Land ‚wo Milch und Honig fließen‘. Wir haben ein großzügiges, soziales Auffangnetz für Notsituationen geschaffen, von dem viele nur träumen dürfen.

Es ist so perfide wie geschmacklos: Während wir uns mit regenbogenfarbenen Zebrastreifen, wahnwitzigen Ideen zu Ampelmännchen und überflüssigen Sternchen in Wort und Schrift beschäftigen (müssen), leiden Millionen von Menschen an Hunger und viele sterben daran. Und das, obwohl wir weltweit längstens eine Überproduktion an Lebensmitteln erreicht haben.

Während sich Menschen in Entwicklungsländern über jede Arbeit freuen würden, herrscht bei uns in Österreich ein Mangel an motivierten, qualifizierten Arbeitskräften und dieser reißt große Lücken auf. Es fehlt akut an Lehrern, Pflägern, Handwerkern, uvm.

Viele junge Menschen sprechen von ‚Work-Life-Balance‘ und wollen nur das Notwendige in der Arbeit leisten. Dieses Verhalten ist als „quiet quitting“ zum Phänomen geworden.

Die Generation ‚Ü 65‘ wird bald gesellschaftlich den Ton angeben. Werden die Themen der jungen Generation dann noch auf offene Ohren stoßen?

## Mehr Bildung bedeutet weniger Kinder.

Das Durchschnittsalter einer erstgebärenden Frau liegt bei 29,7 Jahren. Dh. Paare bekommen – wenn überhaupt – immer später Kinder. Durchschnittlich bringt eine österreichische Frau 1,48 Kinder zu Welt. Das bedeutet: Österreich altert.

Laut Prognosen der Statistik Österreich halten sich zwar Geburten und Sterbefälle in Österreich noch für etwa 20 Jahre die Waage. Danach werden aber die Geburten voraussichtlich unter den Sterbezahlen liegen, was zu einem höheren Altersdurchschnitt führen wird. Die erheblichen Mehrkosten, die durch Pensionszahlungen anfallen, müssen von immer weniger Arbeitenden bezahlt werden.

## Mehr Kinder heißt weniger Bildung.

Ungünstiger Weise findet das größte Wachstum an Menschen genau dort statt, wo die Gewinnung von Ackerland am schwierigsten ist. Denn in der Sahelzone Afrikas oder in Pakistan ist es schlichtweg zu trocken, um die wachsende Bevölkerung zu ernähren.

Dies führt zu unweigerlich zu Hunger und somit auch zu Armut. Die Folgen sind, dass arme Subsistenzbauern (dh. Bauern, die sich weitestgehend selbst versorgen, um den Lebensunterhalt ihrer Familie zu gewährleisten) in der Falle sitzen.

Denn für sie bedeutet Kinderreichtum Armut und umgekehrt. Ohne Kinder fehlt ihnen die Altersvorsorge, hält sie aber in der Armut gefangen. Ihre Kinder können nicht zur Schule gehen und haben daher keine Chance auf Verbesserung ihrer Lebenssituation. So beißt sich die Katze sprichwörtlich in den Schwanz.

Die dortigen Regierungen schaffen es aufgrund von Korruption nicht oder kaum, die Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen. Es fehlt an Wohnen, Essen, Gesundheit, Arbeit und Bildung. Dies ist der Nährboden für soziale Spannungen, im schlimmsten Fall sogar von Bürgerkriegen. Das wiederum führt zu Migration. Vielfach versuchen es die Menschen mit einer Flucht vom Land in eine Megastadt wie z.B. Kinshasa.

Jedoch sind diese Großstädte mit der Vielzahl an Menschen überfordert. Es herrschen dort hohe Kriminalitätsraten und chronische Gewalt.

Oder die verzweifelten Menschen treten eine Flucht Richtung Europa an und ‚Voilà!‘ hier stehen wir nun mitten in dem Problem.

## Was nun? Den Kopf in den Sand stecken?

Es gibt zwei gute Nachrichten:

1. Sowohl die Geburtenrate als auch die Sterblichkeit sind nicht in Stein gemeißelt und können sich verändern.

2. Das Wachstum bremst sich höchstwahrscheinlich ein: Denn Kriege, Armut, Krankheiten und der Klimawandel werden Leben einfordern. Doch der größte Faktor weltweit ist die Geburtenrate: Weltweit nimmt sie ab. Zurzeit bekommen Frauen im Schnitt ca. 2,5 Kinder. 2050 werden es nur mehr 2,2 Kinder und 2100 1,9 Kinder sein. Sinkt die Rate danach unter 2 Kinder, so schrumpft die Population.



## Bildung als Schlüssel?

Wir müssen ein großes Interesse daran haben, dass wir den sog. ‚Entwicklungsländern‘ Hilfe zur Selbsthilfe zukommen lassen. Tatsächlich wird Bildung ein wichtiger Schlüssel zur Problemlösung sein. Die Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe der Industrieländer hindert das Wachstum der lokalen Wirtschaft.

## Andere Mittel und Wege

Aber auch so manche Regierung entwickelte Ideen zur Bremsung ihres Bevölkerungswachstums. Entscheiden Sie selbst, was sie davon halten.

In **Indien** schlug der Minister für Gesundheit und Wohlfahrt vor, die Elektrifizierung und die Verteilung von Fernsehern in ländlichen Gegenden voranzutreiben, um dadurch die Menschen von Geschlechtsverkehr abzuhalten und das Bevölkerungswachstum zu senken.

Ziel der indischen Regierung ist eine Geburtenrate von höchstens zwei Kindern pro Familie, was vor allem durch Aufklärung und Verteilung von Verhütungsmitteln angestrebt wird. 2013 schrieb Nord-Indien ein Preisausschreiben aus. Dort konnte man Autos, Waschmaschinen, Fernseher usw. gewinnen, wenn man sich freiwillig sterilisieren ließ.

In der **Volksrepublik China**, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, wurde dagegen seit Anfang der 1970er Jahre von staatlicher Seite die Ein-Kind-Ehe gesetzlich verankert. Sie wurde einerseits mit Vergünstigungen für Ein-Kind-Familien, andererseits mit Benachteiligungen für Familien mit mehr als einem Kind durchgesetzt; vor allem in der Anfangsphase hat es auch Zwangssterilisierungen und erzwungene Schwangerschaftsabbrüche gegeben.

Diese Ein-Kind-Politik konnte das Bevölkerungswachstum in China stark bremsen, wirft aber auch neue soziale Probleme auf. So wurden aufgrund des traditionellen Wunsches, einen männlichen Erbfolger zu haben, derart viele Mädchen selektiv abgetrieben, dass die Geschlechterverteilung hin zu einer Überzahl an Jungen verschoben wurde.

Ende Oktober 2015 erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei die Ein-Kind-Politik offiziell für beendet. Künftig darf jedes Paar zwei Kinder haben.

<sup>[25]</sup> Nach der Veröffentlichung der jüngsten Volkszählungsergebnisse beschloss die Kommunistische Partei

Ende Mai 2021, es verheirateten Paaren in Zukunft zu erlauben, bis zu drei Kinder zu bekommen.

Im dicht bevölkerten afrikanischen **Ruanda**, wo die Geburtenrate 2007 bei etwa sechs Kindern pro Paar lag, bestehen Pläne für eine „Drei-Kinder-Politik“. Zudem wurde durch starken Ausbau des Gesundheitssystems und gezielte Aufklärung der Bevölkerung die Kindersterblichkeit drastisch gesenkt, die Lebenserwartung erhöht und die durchschnittliche Kinderzahl von 6,1 im Jahre 2005 auf 4,6 (2010) gesenkt.

*Wir sind aufeinander angewiesen! Die Industrieländer haben das Knowhow und die finanziellen Mittel, um Entwicklung vor Ort zu ermöglichen. Im Gegenzug haben diese Länder einen Reichtum an Arbeitskräften, die wir in Europa dringend benötigen werden.*

*Die Überheblichkeit der vergangenen Jahrzehnte muss einer Begegnung auf Augenhöhe und in Partnerschaftlichkeit weichen.*

**Abtreibung oder Euthanasie dürfen niemals ein Mittel zur Regulierung der Bevölkerungszahl sein!**

SH



## Filmvorführungen und Vorträge

**Schloss Hetzendorf Mariensaal**

(1. Hof links bis in 2. Durchgang), Hetzendorferstr. 79, 1120 Wien

**EINTRITT FREI**

BEGINN IMMER 16 Uhr

**„Das Abenteuer Gottes mit dem Menschen und des Menschen Flucht und Umkehr“**

Filmvortrag von P. Rudolf Parth, CM

(Fortsetzung)

Samstag, 10. Dezember 2022

Sonntag, 11. Dezember 2022

**„Heiliger Papst Paul II und emeritierter Papst Benedikt XVI“**

Ihr Leben und Wirken

(Wiederholung)

Samstag, 14. Jänner 2023

Sonntag, 15. Jänner 2023

**„UNPLANNED“**

Die Geschichte der Umkehr einer ehemaligen Leiterin einer Abtreibungsklinik zur Lebensschülerin

(Wiederholung)

Samstag, 11. Februar 2023

Sonntag, 12. Februar 2023

# JEDER IST WICHTIG - IHR BEITRAG ZÄHLT!



**JA, ICH WILL MITGLIED WERDEN** und unterstütze die Arbeit der Christlichen Partei Österreichs, habe aber keinerlei weitere Verpflichtungen. (Empfohlener Mitgliedsbeitrag: 5,- pro Monat bzw. € 60,— einmalig pro Jahr).  
Mit jeder Mitgliedschaft ist die Patenschaft für ein ungeborenes Kind verbunden!

Ich unterstütze die Arbeit der Christlichen Partei Österreichs als **Förderer** durch eine monatliche

€ 8,-  
  € 10,-  
  € 15,-  
  anderer Betrag €

Meine Spende erfolgt

monatlich  
  1/4 jährlich  
  1/2 jährlich  
  jährlich

Meine Bankverbindung

Bankinstitut IBAN

Auftraggeber (meine Adressdaten)

Titel Vorname Nachname

Straße PLZ Ort

Geburtsdatum E-Mail Telefon

Datum Unterschrift

Bitte senden Sie uns diesen ausgefüllten Abschnitt retour an das CPÖ-Büro, Leopold-Kunschak-Gasse 6, 2380 Perchtoldsdorf, oder per E-Mail an [mail@christlichepartei.at](mailto:mail@christlichepartei.at). VERGELT'S GOTT!

## ZAHLUNGSANWEISUNG AUFTRAGSBESTÄTIGUNG

AT

## ZAHLUNGSANWEISUNG

Empfänger Name/Firma	
<b>CPÖ</b>	
IBANEmpfänger	
<b>AT673266700000789099</b>	
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank	
<b>RLNWATWWPRB</b>	
EUR	Betrag   Cent
Zahlungsreferenz	
IBANKontoinhaber /Auftraggeber	
Verwendungszweck	
<b>Danke für Ihre Unterstützung!</b>	

Empfänger Name/Firma	
<b>Christliche Partei Österreichs (CPÖ)</b>	
IBANEmpfänger	
<b>AT 67 3266 7000 0078 9099</b>	
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank	
<b>RLNWATWWPRB</b>	
Kann bei Zahlungen innerhalb EU/EWR entfallen	
EUR	Betrag   Cent
Nur zum maschinellen Bedrucken der Zahlungsreferenz	
Prüfziffer	
Verwendungszweck wird bei ausgefüllter Zahlungsreferenz nicht an Empfänger weitergeleitet	
<input type="radio"/> SPENDE allgemein <input type="radio"/> Hilfsfonds für Ungeborene und Familien	
IBANKontoinhaber /Auftraggeber	
Kontoinhaber /Auftraggeber Name/Firma	
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;">             QR-Code scannen  </div>	
006	
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;">             Betrag &lt; Beleg +         </div>	
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;">             Unterschrift Zeichnungsberechtigte         </div>	

006

Betrag < Beleg +

Unterschrift Zeichnungsberechtigte



## Es gibt den Teufel

... Den größten Erfolg, den der Teufel in unserer Zeit feiert, ist aber womöglich nicht einmal der mangelnde Glaube an seine Existenz, sondern die sogenannte „Birthstrike“-Bewegung, deren Mitglieder sich zugunsten des Klimaschutzes zur Kinderlosigkeit verpflichten.

Vermutlich hätte es sich der Teufel selbst nicht träumen lassen, dass es ihm einmal gelingen würde, die Menschheit zur freiwilligen Selbstausrottung anzuleiten, und das auch noch mit einem Gefühl moralischer Überlegenheit.

Wie heißt es bei Goethe: „Den Teufel spürt das Völkchen nie. Und wenn er sie beim Kragen hätte.“

(von Sebastian Moll)

ICH HABE NACHGEDACHT  
UND GLAUBE, ES IST DIE ARBEIT,  
DIE MEINE WORK-LIFE-BALANCE  
AUS DEM GLEICHGEWICHT  
BRINGT.



WRDPRN.COM  
DIE MEDIENBEREICHUNG

## Statt Cancel Culture lieber Zuhören?

Statt kommunikativem Miteinander regieren heutzutage oft Cancel Culture und eine Schwerhörigkeit, ja Gehörlosigkeit gegenüber Andersdenkenden. Der Meinungspluralismus scheint eingedampft. An die Stelle von Diskurskultur, offener Meinungsbildung und Toleranz sind Vorurteile getreten, wo nicht mehr das bessere Argument gilt, sondern buchstäblich mit dem Hammer kommuniziert wird.

Heute wäre der **Heilige Franz von Sales** (1567-1622) ein Medienstar. Mit 3.000 Predigten und über 20.000 Briefen war der Ordensgründer, Mystiker und Kirchenlehrer so etwas wie ein moderner „Medienbischof“.

Der heutige Kampagnenjournalismus ist von Sales' Maxime **„Deutlich in der Sache – aber freundlich in der Art“** Lichtjahre entfernt. Diesem Klick- und Geschwindigkeitsjournalismus geht es weder um die Wahrheit, sondern um eine blinde Aufmerksamkeitshascherei, die Informationen nur als bloße Mittel zum Zweck einer überquellenden Turbomaschinerie instrumentalisiert. Was auf der Strecke bleibt, ist die Ausgewogenheit der Argumente.

Von Sales hat mithilfe des Flugblattes ein Instrumentarium mit Breitenwirkung vergleichbar mit modernen So-

zialen Medien geschaffen. Doch ganz im Unterschied zur modernen Kommunikation, die dann den Turbo erst richtig zündet, wenn es um Anfeindungen und Hetze geht, setzt Sales in seiner Kommunikationsstrategie auf die Liebe zum Nächsten, die ganz konkret in der grundsätzlichen Annahme des anderen Menschen als Person steht.

Auch hier bleibt sein Menschenbild grundlegend für die Anerkennung und Toleranz aller von Gott geliebten Personen. Es ist dieser Gottesbezug, der nicht nur dazu führt, den Anderen in seiner Meinung zu achten und an seine guten Qualitäten zu glauben, sondern durch die gelebte Haltung der Liebe wird auch beim anderen Menschen der Wert der Liebe entdeckt und entzündet.

**„Wer das Herz eines Menschen gewonnen hat, hat den ganzen Menschen gewonnen.“**

Wie einst König Salomo wünscht sich Sales ein „hörendes Herz“ - und dies gleichermaßen mit Blick auf die Medien und diejenigen, die taub sind.

Zuhören mit dem Herzen—diese liebende Anweisung ist es, die und von Sales in unsere Zeiten hinein sendet.

(gekürzt, von Stefan Groß-Lobkowitz,  
Leiter der Medienabteilung des Bistums Regensburg)

Claudia sieht Rot(h)

## “Ausgrenzung von Religionen”: Grüne wollen Bibeltext auf Berliner Schloss schleifen



Bild: Frank Schulenburg, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons (Bildausschnitt)

Die politische Elite in Deutschland beschäftigt sich wieder einmal mit den Belangen einer bestimmten Agenda. Während die Deutschen mit Sorge auf die kommende kalte Jahreszeit schauen, die Wirtschaft ruiniert wird und die Asylkrise seit Wochen ständig neue Höchstwerte erreicht, sorgt man sich um die mögliche Ausgrenzung von Religionen durch eine Inschrift, die ein “historisches Gebäude” ziert.

### Stein des Anstoßes

So ist der neueste Stein des Anstoßes für Claudia Roth das neu wiedererrichtete Berliner Stadtschloss bzw. eine Inschrift auf demselben. Denn wenn da auf der Kuppel steht: “Dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.” Für die Kulturstaatsministerin eine Ungeheuerlichkeit. Deshalb will sie die Inschrift nun in vorausseilender Unterwerfung vor dem politischen Islam & Co. mit einem Schleier verhüllen.

### Sonne, Mond und Sterne

Aber es ist wieder einmal entlarvend für die Grünen, die, wie ihr Vorsitzender Robert Habeck, nichts mit Deutschland anzufangen wissen. Während Bibelsprüche also das gedeihliche Miteinander der Religionen im neuen Deutschland stören und sogar als “ausgrenzend” wahrgenommen werden, sind Muezzin-Rufe wie neuerdings in Köln kein Problem. Aber vielleicht fühlt sie sich durch Muezzin-Rufe in Deutschland auch einfach nur an ihre große Liebe – ihre zweite Heimat – die Türkei erinnert, wo sie sogar Sonne, Mond und Sterne ganz toll findet. Und auch in Teheran fühlte sich die ehemalige Grünen-Chefin und damalige Bundestagsvizepräsidentin 2015 mit Kopftuch verhüllt sichtlich wohl. Also wieso immer in die Ferne reisen, wenn das Gute auch so nah liegen könnte... (Wochenblick, 2.11.2022)

REGENBOGEN-  
PORTAL.DE

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Menü

### Pubertäts-Blocker nehmen

Bist du noch sehr jung?  
Und bist du noch nicht in  
der Pubertät?  
Dann kannst du  
Pubertäts-Blocker  
nehmen.



Bild: heute.at

Mit falschen Versprechungen und allerlei Lügen bringt die Transgender-Lobby immer mehr Kinder und Jugendliche dazu, gefährliche Hormonpräparate einzunehmen oder sich operativ die Genitalien verstümmeln zu lassen. Die Zahlen steigen bedenklich, besonders derer, die diesen Schritt im Nachhinein bitter bereuen, ihn aber nicht mehr rückgängig machen können. Höchste Zeit, dass auch Deutschland, Österreich und die Schweiz dem Vorbild jener Länder folgen, die den Einsatz von Pubertätsblockern und chirurgischen „Geschlechtsumwandlungen“ bei Minderjährigen verbieten.

In Deutschland empfahl bis vor kurzem ein offizielles Regierungsportal Kindern die Einnahme von Pubertätsblockern. Nach öffentlichen Protesten wurde der Text nur geringfügig überarbeitet. Hingegen warnen Betroffene,

wie Keira Bell, die ihre Entscheidung, sich einer „Geschlechtsumwandlung“ unterzogen zu haben, im Nachhinein bitterlich bereut und in England ein gerichtliches Verbot solcher Behandlungen erwirkte: Viel zu schnell werden normale Vorgänge, wie die körperliche und geschlechtliche Verunsicherung während der Pubertät, zur „Transidentität“ erklärt. Wie sollen Minderjährige, die sich noch mitten in ihrer Entwicklung befinden, imstande sein, solch gravierende Entscheidungen zu treffen, die ihr ganzes Leben verändern und nie wieder rückgängig zu machen sind?

Fordern wir deshalb mit anbei stehender Petition an die zuständigen Gesundheitsministerien ein umgehendes gesetzliches Verbot des Einsatzes von Pubertätsblockern, Hormonbehandlungen und chirurgischen Eingriffen im Hinblick auf einen „Geschlechtswechsel“ bei Minderjährigen in Deutschland, Österreich und der Schweiz!

Bitte unterzeichnen und teilen auch Sie diese dringende Petition zum Schutz unserer Kinder: [www.patriotpetition.org/](http://www.patriotpetition.org/)

Herzlichen Dank!

Stern und Engel, Hirten und die Weisen,  
künden uns das Große, was geschah.  
Und wir loben, danken und wir preisen:  
**GOTT IST NAH!**



*Wir sind sehr dankbar für Ihre wertvolle Unterstützung in diesem Jahr. Verbringen Sie ein gesegnetes Weihnachtsfest mit Ihren Lieben und finden Sie friedvolle Erholung in den Weihnachtstagen!*

*Ihre CPÖ*

Österreichische Post AG / SP 10Z038525 S

Christliche Partei Österreichs, L.-Kunschak-Gasse 6, 2380 Perchtoldsdorf